Ausgabe 3 | 2015

Die offizielle Zeitung
der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION

Damit Bayern am Ball bleibt!

Asylpolitik
Für konstruktive Lösungen vor Ort

Regionalkonferenz
Zeitgemäße Landwirtschaft

Pflegenotstand
Aufwertung der Pflegeberufe durch eine Pflegekammer

Interview
Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern – nur eine Utopie?

Mit Hubert Aiwanger für Sie im Landtag:
die weiteren Abgeordneten der FREIE WÄHLER Fraktion in alphabetischer Reihenfolge

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, MdL

Pflegepolitischer Sprecher, kulturpolitischer Sprecher, Mitglied im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst, Frankensprecher

Dr. Hans Jürgen Fahn, MdL

Mitglied im Ausschuss für Soziales, Familie, Jugend, Integration, generationenpolitischer Sprecher, Sprecher für Vertriebene und Flüchtlinge, Mitglied im Bundes- und Europaausschuss, entwicklungspolitischer Sprecher

Günther Felbinger, MdL

Mitglied im Ausschuss für Bildung und Kultus, bildungspolitischer Sprecher, Mitglied in der interfraktionellen Arbeitsgruppe „Inklusion“, sportpolitischer Sprecher, stellvertretender Ausschussvorsitzender öffentlicher Dienst

Thorsten Glauber, MdL

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Mitglied im Wirtschaftsausschuss des Bayerischen Landtags und wirtschaftspolitischer Sprecher, energiepolitischer Sprecher

Eva Gottstein, MdL

Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport, frauenpolitische Sprecherin, jugendpolitische Sprecherin

Joachim Hanisch, MdL

Mitglied im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport, Sprecher für kommunalpolitische Fragen

Johann Häusler, MdL

Mitglied im Landwirtschaftsausschuss, handwerks- und mittelstandspolitischer Sprecher, Mitglied im Wirtschaftsausschuss

Dr. Leopold Herz, MdL

Agrar- und forstpolitischer Sprecher, Mitglied des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Nikolaus Kraus, MdL

Mitglied im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz, Sprecher für Verbraucherschutz

Peter Meyer, MdL

Vizepräsident des Bayerischen Landtags, Mitglied im Ausschuss für Fragen des Öffentlichen Dienstes, kirchenpolitischer Sprecher für die evangelisch-lutherische Kirche

Alexander Muthmann, MdL

Mitglied der Enquetekommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“, Mitglied im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen, Fraktionssprecher für Regionalplanung und Landesentwicklung

Prof. Dr. Michael Piazolo, MdL

Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst, hochschul- und medienpolitischer Sprecher, Mitglied im Ausschuss für Bildung und Kultus

Bernhard Pohl, MdL

Finanzpolitischer Sprecher, Mitglied im Haushaltsausschuss, vertriebenenpolitischer Sprecher

Gabi Schmidt, MdL

Sozial-, asyl- und familienpolitische Sprecherin, Mitglied im Sozialausschuss, Mitglied im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten

Florian Streibl, MdL

Parlamentarischer Geschäftsführer und Mitglied im Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz, rechtspolitischer Sprecher, kirchenpolitischer Sprecher

Karl Vetter, MdL

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender, gesundheitspolitischer Sprecher, Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und Pflege

Jutta Widmann, MdL

Mitglied im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden, Mitglied im Arbeitskreis Kommunales, Wirtschaft und Finanzen

Benno Zierer, MdL

Mitglied im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz, Sprecher für Umwelt- und Klimaschutz, Mitglied im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden

Bayern muss jetzt vorausschauend handeln, um den Anschluss nicht zu verlieren.

Liebe Leserinnen und Leser,

einige der drängenden Themen wollen wir Ihnen in diesem Heft vorstellen:

Bei der Bewältigung der immer weiter steigenden Zahlen von Flüchtlingen und Asylbewerbern sind die Kommunen die zentralen Akteure, ohne deren großen Einsatz würde längst das blanke Chaos herrschen. Die Organisation der Flüchtlings- und Asylbewerberunterbringung ist inzwischen für viele Bürgermeister und Landräte fast zu einer Vollzeitbeschäftigung geworden. Anlass genug für unsere Fraktion, gemeinsam mit betroffenen Kommunalpolitikern einen Asylgipfel zu veranstalten und konstruktiv nach Lösungen zu suchen. Unsere Forderung als FREIE WÄHLER lautet: Die vor Ort entstehenden Kosten müssen vollständig von Land und Bund übernommen werden. Wir brauchen außerdem eine Beschleunigung der Asylverfahren, ausreichend preisgünstigen Wohnraum, aber auch deutlich mehr Lehrer, um der drängenden Probleme Herr zu werden.

Auch bei der Umsetzung des Mindestlohns und der Arbeitszeitverordnung gibt es große Probleme. Besonders Handwerk, Gastronomie, Landwirtschaft, aber auch andere mittelständische Betriebe und das Ehrenamt leiden unter der Überregulierung. Als FREIE WÄHLER setzen wir uns für einen Abbau des bürokratischen Wildwuchses ein. Immerhin hat die CSU nun Teilen unseres Antragspakets im Bayerischen Landtag zugestimmt. Bleibt zu hoffen, dass sie sich auch im Bund für die dringend notwendigen Nachbesserungen einsetzt.

Bayerns Wasser- und Abwasserkanäle verrotten. Etwa 16 Prozent des bayerischen Kanalnetzes sind dringend sanierungsbedürftig. Durch undichte Wasser- und Abwasserkanäle werden mancherorts Boden und Grundwasser verunreinigt. Die Sanierung der bestehenden Anlagen wird in den nächsten Jahren eine sehr große Herausforderung sein. Auch hier brauchen die Gemeinden dringend finanzielle Unterstützung durch den Freistaat.

Als FREIE WÄHLER stellen wir uns diesen Aufgaben und suchen nach praktikablen Lösungen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger.

Hubert Aiwanger, MdL
Fraktionsvorsitzender

Impressum

Herausgeber
FREIE WÄHLER Landtagsfraktion
Maximilianeum
Max-Planck-Str. 1, 81627 München
Tel.: 089 4126-2922
info@fw-landtag.de

V. i. S. d. P.:
FREIE WÄHLER Landtagsfraktion
Thorsten Glauber, MdL
Max-Planck-Str. 1, 81627 München

Redaktion
Thorsten Glauber

Bildnachweis
Thinkstock; Seite 7: BayernLB; Seite 18–19: Beate Hones; Seite 22–23: Reinhard Humplmair; Seite 25: Christine Prestel; Seite 28: Veronika Seitz; Seite 29: Gottfried Obermair; Seite 30: Gabriele Fischer; Seite 31: Beate Hones

Art-Direktion und Design
CUBE werbeagentur gmbh

Bayerische Kanalnetze sind dringend sanierungsbedürftig: höchste Zeit zu handeln! 06
Bayern LB: nicht gut gebrüllt, Löwe! 07
Aufwertung der Pflegeberufe durch Einrichtung einer Pflegekammer 08
Hausarztverträge mit der AOK Bayern – der Streit nimmt kein Ende 10
Grundsätzliches zur Vergütung von Laborleistungen 12
Untersuchungsausschuss „Modellbau“ 13
Atommüll aus Garching – hochangereichertes Uran 14
Klimakiller Kohlekraftwerke – Überkapazitäten abbauen! 15
Gesetzentwurf der FREIEN WÄHLER zur Wiederbelebung von Diplomstudiengängen 16
Kein Kavaliersdelikt: Umweltkriminalität effektiv bekämpfen! 17
Bayerische Asylpolitik: für konstruktive Lösungen vor Ort 18
Umsetzung des Mindestlohns 20

Interview
Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern – nur eine Utopie ? 22
Regionalkonferenz zeitgemäße Landwirtschaft – mehr mit weniger produzieren 24
Lehrerversorgung: berufliche Schulen dürfen nicht länger das Schlusslicht sein! 26

Aus der Kommunalpolitik in den Landtag
Kaspar-Zeuß-Gymnasium Kronach möchte G9-Pilotgymnasium werden! 27
Anhörung im Landtag: Straßenausbaubeitragssatzung – ein heiß diskutiertes Thema 28

Fraktion vor Ort …
… in Kipfenberg 29
… in Freising 29

Abgeordnete im Porträt
Dr. Leopold Herz 30

Kurz gesagt 31

Was sonst noch los war 31

Zahl des Quartals 31

Bayerische Kanalnetze sind dringend sanierungsbedürftig

Höchste Zeit zu handeln!

Die Zahlen sprechen für sich: Etwa 16 Prozent des bayerischen Kanalnetzes sind dringend sanierungsbedürftig. Durch undichte Wasser- und Abwasserkanäle werden mancherorts Boden und Grundwasser verunreinigt und natürlich auch Frischwasser verschwendet. Um die Belastungen für die Umwelt und unser Trinkwasser zu vermeiden, gilt es möglichst rasch zu handeln. Allein die Kosten für die dringend anstehenden Sanierungen belaufen sich auf fast vier Milliarden Euro. Und zum Jahresende läuft das Förderprogramm des Freistaats für den Bau von Wasser- und Abwasseranlagen in Bayern aus. Was dann kommt, ist noch ungewiss.

„Wir FREIE WÄHLER weisen bereits seit Langem darauf hin, dass die Sanierung der bestehenden Anlagen eine sehr große Herausforderung der kommenden Jahre sein wird. Der Freistaat muss die Gemeinden dabei dringend finanziell unterstützen."

Benno Zierer, MdL, umweltpolitischer Sprecher der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

Wir müssen schnellstmöglich Maßnahmen ergreifen, damit Bayern nicht unterirdisch vergammelt und spätere Sanierungen noch wesentlich teurer werden.

In einem Dringlichkeitsantrag haben wir gefordert, dass die Sanierung von kommunalen Wasserver- und Abwasserentsorgungsanlagen in Härtefällen wieder durch den Freistaat gefördert werden kann. Das dem Landtag bereits vorgelegte Förderkonzept mit einem Fördervolumen von mindestens 25 Mio. Euro im Jahr 2016 und jeweils mindestens 30 Mio. Euro in den Folgejahren sowie mindestens 17 befristeten Mitarbeiterkapazitäten an den Wasserwirtschaftsämtern soll zunächst für einen Förderzeitraum von 15 Jahren umgesetzt werden. ■

Benno Zierer, MdL
Sprecher für Umwelt- und Klimaschutz

Bayern LB

Nicht gut gebrüllt, Löwe!

So schnell können sich im Politikbetrieb die Dinge ändern: Während es noch vor wenigen Wochen so aussah, als könne das leidige Thema Bayerische Landesbank (Bayern LB) nun doch noch zu einem guten Abschluss gelangen und Bayern ausstehende Forderungen von immerhin 2,73 Milliarden Euro von der Hypo Group Alpe Adria (HGAA) zurückbekommen, hat sich die Staatsregierung nun auf einen fragwürdigen Vergleich mit Österreich eingelassen. Danach soll die Bayern LB nur noch 1,23 Milliarden Euro erhalten und somit gleichzeitig auf circa 1,5 Milliarden Euro verzichten. Dieser Kompromiss zulasten bayerischer Steuerzahler wirft Fragen auf.

Denn noch im Januar dieses Jahres hat Finanzminister Söder betont, dass die bayerische Rechtsposition mit ihren Forderungen von über 2,73 Milliarden Euro unangreifbar wäre. Doch offenbar war die damalige Einschätzung Söders falsch.

Bayern hat sich bereits im Jahr 2009 mit Österreich bei der Rückgabe der HGAA auf einen Vergleich geeinigt. Dieser soll nun jedoch noch einmal einseitig zulasten der BayernLB nachverhandelt werden. Der damalige Finanzminister Fahrenschon hat Österreich seinerzeit 825 Millionen Euro bezahlt und im Gegenzug eine Staatsgarantie der Republik Österreich für die Forderungen der Bayern LB erhalten. Ist diese Garantie heute nichts mehr wert? Wurden die Verträge schlampig formuliert? Muss Söder nun die Fehler seines Vorgängers ausbaden oder gibt es andere Gründe für die plötzliche Bereitschaft zu einem Schuldenschnitt?

> „Glaubwürdigkeit und konsequentes Handeln sehen anders aus."

Dieser plötzliche Strategiewechsel ist zur Befriedung des Rechtsstreits mit den österreichischen Nachbarn jedenfalls nicht leicht nachvollziehbar. Auf diese Weise werden den Verlusten von 3,725 Milliarden Euro aus der Vergangenheit weitere 1,5 Milliarden Euro hinzugefügt. Der Deal mit der Kärntner Skandalbank HGAA wird Bayern damit letztlich über 5 Milliarden Euro kosten. ■

Alexander Muthmann, MdL
Mitglied im Arbeitskreis für Staatshaushalt und Finanzfragen

Dem Pflegenotstand wirksam begegnen

Aufwertung der Pflegeberufe durch Einrichtung einer Pflegekammer

Das Problem ist seit Langem bekannt: Die Einrichtungen sind chronisch unterbesetzt, Fachkräfte kaum zu bekommen, der „graue Pflegemarkt“ boomt und eine Besserung ist nicht in Sicht. Ganz im Gegenteil: die Situation wird sich in den kommenden Jahren noch verschärfen. Höchste Zeit, sofort zu handeln!

Um den steigenden Bedarf an qualifiziertem Pflegepersonal zu decken, müssen die Pflegeberufe für junge Menschen insgesamt deutlich attraktiver werden. Ohne eine starke Interessenvertretung der Pflegekräfte ist dieses Ziel jedoch nicht zu erreichen. Wie diese aussehen soll, darüber wurde jahrelang heftig diskutiert, ohne jedoch eine Einigung zu erzielen. Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion hat sich nun mit einem Antrag für die Einrichtung einer Pflegekammer stark gemacht. Durch eine solche Kammer würden die Pflegeberufe auf eine Stufe mit anderen Gesundheitsberufen wie Arzt oder Apotheker gestellt und eine solche Gesamtvertretung der Pflegekräfte wird eine deutliche Verbesserung der Rahmenbedingungen für diese Berufsgruppe bringen. Auch die pflegebedürftigen Menschen profitieren davon.

Bereits 2013 hatte eine Umfrage unter den Angehörigen der Pflegeberufe ergeben, dass sich die Mehrheit pro Pflegekammer ausspricht.

„Auch der Pflegebeauftragte der Bayerischen Staatsregierung, Imhof, hat sich klar für die Einführung einer Pflegekammer ausgesprochen.“

Prof. Dr. Peter Bauer, pflegepolitischer Sprecher der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

Umso unverständlicher ist es für uns, dass es im Freistaat auch weiterhin keine Pflegekammer geben wird, sondern lediglich einen „Pflegering“. Dies ist ein untauglicher bayerischer Sonderweg.

Die Unterschiede sind gravierend. Während in einer Pflegekammer mit Pflichtmitgliedschaft alle Pflegefachpersonen vertreten sind, sind im „Pflegering“ auch die Verbände – und damit auch die Arbeitgeber – vertreten. Diesen Umstand sieht auch die Bayerische Dekanekonferenz in einer öffentlichen Stellungnahme kritisch und bezweifelt sogar die Legitimation des geplanten „Pflegerings“, für die Pflege zu sprechen. Wie sich Ministerin Huml die Umsetzung des geplanten „Pflegerings“ konkret vorstellt, wurde auch in ihrer Regierungserklärung vom 19. Mai nicht deutlich.

Auch die SPD ist sich in der Frage, ob Pflegekammer oder „Pflegering“, nicht einig. Während die Landtagsfraktion der SPD unseren Antrag ablehnte, hat in Rheinland-Pfalz eine rot-grüne Landesregierung vor Kurzem die erste Landespflegekammer der Bundesrepublik eingerichtet.

Das Thema bleibt also weiter brisant und wir werden es auch weiterhin kritisch und konstruktiv begleiten. Die FREIEN WÄHLER machen sich für eine Pflegekammer stark. ■

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, MdL
Pflegepolitischer Sprecher

Hausarztverträge sind ein sinnvolles Instrument

Hausarztverträge mit der AOK Bayern – der Streit nimmt kein Ende

Die Geschichte der Hausarztverträge des Bayerischen Hausärzteverbands mit der AOK Bayern ist lang, von vielen Hürden gezeichnet und insgesamt alles andere als erfreulich. Seit 2010 beherrschen das Scheitern von Verhandlungen, Schiedsverfahren, Kündigungen und eine Vielzahl von Rechtsstreitigkeiten, die die Gerichte beschäftigen, die Hausarztverträge – bezeichnenderweise aber vorwiegend die Hausarztverträge mit der AOK Bayern. Bei anderen Krankenkassen scheinen diese Verträge weit unkomplizierter ausgehandelt werden zu können.

„Wir FREIE WÄHLER werden uns auch weiterhin für eine qualitativ hochwertige medizinische Versorgung in Bayern einsetzen!"

Dr. Karl Vetter, MdL, gesundheitspolitischer Sprecher der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

Das wäre alles nicht so schlimm, wenn es sich bei diesen Streitereien lediglich um Interna der Vertragsparteien handeln würde. Das trifft aber leider nicht zu. Durch Hausarztverträge soll den Versicherten eine besondere Hausarztversorgung angeboten werden, die insbesondere für ältere Menschen und chronisch Kranke wichtig ist, und diese entfällt, wenn kein Hausarztvertrag existiert. Für die gesundheitliche Versorgung der Menschen in Bayern sind Hausarztverträge also ein sinnvolles Instrument und wir FREIE WÄHLER begrüßen deshalb auch, dass der Gesetzgeber die gesetzlichen Krankenkassen verpflichtet hat, ihren Versicherten Hausarztverträge anzubieten.

Bei dieser klaren Rechtslage ist es umso unverständlicher, dass die AOK Bayern schon wieder Rechtsmittel gegen den Schiedsspruch aus dem Dezember 2014 eingelegt hat. Als das Gesundheitsministerium dann endlich eine rechtsaufsichtliche Anordnung gegen die AOK Bayern ausgesprochen hat, dass die AOK den Schiedsspruch umsetzen solle, hat sie auch dagegen geklagt. Es ist durchaus sinnvoll, dass eine gesetzliche Krankenkasse die ihr anvertrauten Versichertengelder nicht willkürlich ausgibt und ihre Interessen auch gerichtlich durchsetzt, aber in dieser Häufung wirkt es nicht so, als ob ein ernsthaftes Interesse an den gesetzlich vorgesehenen Hausarztverträgen bestünde.

Aus diesem Grund hat die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion einen Antrag in den Bayerischen Landtag eingebracht, mit dem die Staatsregierung aufgefordert wird, für die Umsetzung des geschiedsten Hausarztvertrags mit der AOK Bayern zu sorgen. Leider hat die CSU-Fraktion diesem Antrag nicht zugestimmt.

In einem persönlichen Gespräch mit Vertretern der AOK Bayern haben diese jedoch zumindest geäußert, dass die AOK sich zu Hausarztverträgen bekenne. Dies lässt doch hoffen, dass auch um diesen Hausarztvertrag bald Ruhe einkehren wird und so allen Versicherten die qualifizierte Versorgung zugutekommt. ■

Dr. Karl Vetter, MdL
Stv. Fraktionsvorsitzender und gesundheitspolitischer Sprecher

Was sind Hausarztverträge?

Der Bayerische Hausärzteverband schließt mit den einzelnen Krankenkassen oder ihren Zusammenschlüssen einen Vertrag (§ 73b b SGB V). Inhalt dieses Vertrags ist eine besondere Versorgung der Versicherten wie z. B. verlängerte Sprechzeiten, besondere Leistungen und Untersuchungen ebenso wie die Verpflichtung des Hausarztes zur Teilnahme an Qualitätszirkeln und besonderen Fortbildungen. Im Gegenzug erhält der Hausarzt für diesen Patienten eine erhöhte Vergütung.

Ziel ist dabei, die hausarztzentrierte Versorgung zu stärken, so dass der Hausarzt eine Lotsenfunktion im Gesundheitssystem übernehmen kann und durch gezielte Steuerung der Patienten insbesondere Mehrfachuntersuchungen vermieden werden können.

Hausarztverträge sind für die Versicherten freiwillig. Es kann also jeder selbst entscheiden, ob er dem Hausarztvertrag seiner Krankenkasse beitritt. Wenn er die entsprechende Erklärung unterzeichnet, verpflichtet er sich, zunächst seinen Hausarzt aufzusuchen, bevor er zum Facharzt geht.

Grundsätzliches zur Vergütung von Laborleistungen

**Der Untersuchungsausschuss „Labor" tagt seit Juli 2014.
Unser parlamentarischer Geschäftsführer Florian Streibl, der für die Fraktion Mitglied des Untersuchungsausschusses ist, gibt eine Zusammenfassung der Probleme, die beim Abrechnen von Laborleistungen entstehen können.**

Problemlage

Laborleistungen wurden in den letzten Jahren in hohem Maße technisiert und industrialisiert. Laborleistungen, die früher arbeitsintensiv waren, können daher heute mit einem Bruchteil des Aufwandes, aber mit hochspeziellen Geräten erreicht werden. Diesen Standard haben aber nur Großlabore erreicht, die damit in der Lage sind, enorme Mengen an Untersuchungen zu erbringen und auch dementsprechend kostengünstig zu arbeiten.

Man hätte nun darauf reagieren können, indem man diese Leistungen nach der Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) deutlich geringer bewertet. Damit hätte man dann aber die kleinen Labore vom Markt verdrängt, die sich die technische Ausrüstung nicht leisten können.

Die Gebührenordnung für Ärzte muss damit sowohl den großen Laboren als auch den kleinen gerecht werden können. Das heißt den kleinen Laboren einen Preis zahlen, mit dem sie vernünftig arbeiten können, und auf der anderen Seite verhindern, dass die großen von diesem Preis, der über ihren geringen Kosten liegt, übermäßig profitieren.

Private Krankenversicherung – Grundsatz der Höchstpersönlichkeit

Im Bereich der privaten Krankenversicherung kann die Lösung des Problems der Grundsatz aus § 4 Abs. 2 GOÄ zu sein, der vor allem die Abrechnung hochpreisiger M-III-/M-IV-Leistungen an die **Höchstpersönlichkeit der Leistungserbringung** knüpft.

Mit der fortlaufend größer werdenden Diskrepanz zwischen den Kosten, zu denen ein Großlabor oder auch nur ausreichend spezialisiertes Labor seine Leistung erbringen kann, und den Kosten, zu denen ein Arzt nach der GOÄ abrechnen kann, wurde der „Einkauf" von Laborleistungen für den abrechnenden Arzt aber immer interessanter.

Das Gefälle zwischen den Kosten, zu denen das Labor die Untersuchungen – immer noch gewinnbringend – anbieten kann, und den Preisen nach der GOÄ findet sich in den Ermittlungsberichten des Soko Labors. In der Presse gipfelt es in der Äußerung, dass bei der Summierung aller möglichen Werte, die anhand einer Blutprobe untersucht werden können, dem abrechnenden Arzt ein Gewinn von 800 Euro verbleiben kann.

Eine Rückbesinnung auf die Höchstpersönlichkeit der Leistungserbringung würde dem Abrechnungsbetrug einen Riegel vorschieben. ■

Florian Streibl, MdL
Rechtspolitischer Sprecher, Mitglied im Untersuchungsausschuss „Labor"

Untersuchungsausschuss „Modellbau“

Im Untersuchungsausschuss „Modellbau“ standen in den letzten Monaten mit Roland S., Roger Ponton, Prof. Dr. Athen und Lt. Ministerialrat Arians wichtige Zeugen Rede und Antwort. Der Dreifachmörder Roland S. „leitete“ den Modellbau und er hatte maßgeblichen Einfluss auf den Erfolg der Firma „Sapor Modelltechnik“. Denn Roland S. baute für wenig „Therapieentgelt“, ca. 300 Euro pro Monat, die edlen Modellautos, die dann für bis zu 120.000 Euro pro Stück verkauft wurden.

Ponton war Gründungsgesellschafter und stellte das Startkapital zur Verfügung, Prof. Athen war der ärztliche Direktor der Klinik in Ansbach und Herr Arians der zuständige Beamte im Ministerium.

Für mich wird immer deutlicher, dass der Patient S. vom Ehepaar Haderthauer instrumentalisiert und ausgenutzt wurde. Die sogenannte „Arbeitstherapie Modellbau“ war alles andere als ein „von Idealismus getragenes Engagement“ der Haderthauers.

„In erster Linie ging es ums Geschäft.“

Roland S., Zeuge

Vor den Abgeordneten erklärte S., dass er mehr Modellautos für die Firma gebaut habe, als die ehemalige Ministerin und ihr Mann bisher angegeben hatten. Er berichtete außerdem von verschiedenen Freizügigkeiten, die er während seiner Zeit in Ansbach genossen hatte: von genehmigten Ausgängen bis hin zu einer Wochenendreise nach Frankreich – in die Jagdhütte des damaligen Haderthauer-Geschäftspartners Ponton.

Ich bin von der Glaubwürdigkeit der Zeugen Roland S. und Roger Ponton überzeugt. Deren Erinnerungsvermögen ist erstaunlich. Sie konnten die Fragen des Untersuchungsausschusses präzise und detailliert beantworten. Daher wird wohl nichts aus einem „Haderthauer-Entlastungsausschuss“ – so wie ihn die CSU anstrebt. Für mich ist bewiesen, dass dieser Untersuchungsausschuss zur Aufklärung dubioser Geschäftemacherei dringend notwendig war und ist. ■

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, MdL
Mitglied im Untersuchungsausschuss „Modellbau“

Atommüll aus Garching

Hochangereichertes Uran

Wohin mit dem Atommüll? Diese Debatte erhitzt derzeit bundesweit die Gemüter. Ein Problem aber ist den wenigsten bewusst und wird auch in der öffentlichen Debatte kaum diskutiert: Nicht nur bayerische Kernkraftwerke haben radioaktiven Müll produziert, auch der Forschungsreaktor FRM II in Garching produziert Atommüll.

„Ab dem Jahr 2018 wird es regelmäßig Castor-Transporte vom Forschungsreaktor FRM II in Garching in das Zwischenlager Ahaus in Nordrhein-Westfalen geben."

Benno Zierer, MdL, Sprecher für Umwelt- und Klimaschutz der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

Meine Anfrage bei der Bayerischen Staatsregierung hat ergeben, dass von den 50 Lagerpositionen für abgebrannte Brennelemente im Absetzbecken des FRM II bereits 36 belegt sind. Bis zum Jahr 2036 wird es daher 17 Castor-Transporte aus Garching geben. Dabei geht es um extrem hoch radioaktives Material, denn beim FRM II kommen Brennelemente mit auf 93 Prozent angereichertem, potenziell waffenfähigem Uran zum Einsatz! Das ist ein wesentlich höherer Anreicherungsgrad als in Kernkraftwerken. Dort beträgt der Anreicherungsgrad des Urans in den Brennelementen nämlich nur drei bis vier Prozent.

Ursprünglich sah eine Vereinbarung zwischen Bund und Freistaat Bayern vor, den FRM II bis spätestens Ende 2010 auf einen Betrieb mit weniger angereichertem Uran umzurüsten. Dazu war die TU München als Betreiberin aber offenbar technisch nicht in der Lage und so wurde die Umrüstung bis Ende 2018 verschoben.

Wir fordern die schnellstmögliche Umrüstung auf niedriger angereichertes Uran, damit nicht noch mehr Atommüll mit hochangereichertem Uran anfällt. Schließlich sind an den FRM II seit 2004 rund 15 Millionen Euro aus Steuermitteln an Fördermitteln für die Entwicklung eines niedriger angereicherten Brennstoffs geflossen. ■

Benno Zierer, MdL
Sprecher für Umwelt- und Klimaschutz

Klimakiller Kohlekraftwerke

Überkapazitäten abbauen!

Zwar war der Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland in den letzten 15 Jahren eine Erfolgsgeschichte, dennoch droht unser Land laut aktuellen Studien sein nationales Klimaschutzziel für das Jahr 2020 deutlich zu verfehlen. Grund dafür sind die Überkapazitäten im deutschen Strommarkt. Obwohl 2011 bereits acht Kernkraftwerke stillgelegt wurden, steigt der deutsche Stromexportüberschuss in ungeahnte Höhen. Letztes Jahr erreichte er erneut einen Rekordwert von 36 Milliarden Kilowattstunden. Das bedeutet, dass inzwischen etwa sechs Prozent des in Deutschland produzierten Stroms in den europäischen Nachbarländern verbraucht werden! Doch leider handelt es sich dabei größtenteils um klimaschädlichen Kohlestrom.

Ursprünglich war angedacht, dass die erneuerbaren Energien sowohl die Kernkraftwerke als auch die schmutzigen Kohlekraftwerke verdrängen sollten. Doch durch den Zubau der erneuerbaren Energien wurden stattdessen die teureren Gaskraftwerke aus dem Markt gedrängt. Der Grund dafür ist, dass der europäische Emissionshandel in seiner jetzigen Form nicht funktioniert, weil europaweit viel zu viele Emissionszertifikate ausgegeben wurden, so dass sich die Kohlekraftwerke zu Dumpingpreisen damit eindecken können. So bestimmen mittlerweile die alten Kohlekraftwerke den Preis an der deutschen Strombörse.

Bundeswirtschaftsminister Gabriel hatte daher einen sinnvollen Vorschlag für eine Klimaabgabe vorgelegt, wonach vor allem alte Kohlekraftwerke etwas stärker belastet worden wären. Das hat die Kohlelobby auf den Plan gerufen, die um ihre Pfründe fürchtet. Die Kohlegewerkschaft IG BCE forderte, die Uralt-Klimakiller in eine Reserve zu überführen, die vollumfänglich von den Stromverbrauchern finanziert werden soll. Wir haben deshalb die Staatsregierung in einem Dringlichkeitsantrag aufgefordert, den Vorschlag der Kohlegewerkschaft als unzureichend abzulehnen. CSU und SPD haben das abgelehnt. Leider haben sich CDU/CSU sowie der Kohleflügel der SPD beim Koalitionsgipfel in Berlin mit ihrer klimafeindlichen Haltung durchgesetzt. ■

Thorsten Glauber, MdL
Verkehrspolitischer Sprecher

Topaktuell

Gesetzentwurf der FREIEN WÄHLER zur Wiederbelebung von Diplomstudiengängen

Die Bologna-Reform hatte sich ehrgeizige Ziele gesetzt: Die jungen Menschen sollten künftig kürzer und gleichzeitig berufsorientierter studieren. Bereits nach drei Jahren sollte die überwiegende Mehrheit der Studenten in den Beruf eintreten. Nur etwa ein Drittel der Absolventen – so eine Kalkulation des Bayerischen Wissenschaftsministeriums – würde künftig zusätzlich ein weiterführendes ein- bis zweijähriges Masterstudium absolvieren.

Diese Erwartungen haben sich so allerdings nicht erfüllt – ganz im Gegenteil. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen nämlich, dass in einigen Fachrichtungen der Bachelorabschluss weder von den Studierenden noch von den Berufsorganisationen oder Unternehmen als ausreichend berufsqualifizierend angesehen wird. Über die Hälfte der Arbeitgeber, so eine aktuelle Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, sehen ihre Erwartungen an die fachliche Qualität und Praxistauglichkeit von Bachelorabsolventen nicht erfüllt. So verwundert es auch nicht, dass wesentlich mehr Studierende als ursprünglich erwartet nach dem ersten Abschluss ihr Studium fortsetzen. Die durchschnittliche Gesamtstudiendauer bis zum Berufseintritt ist mit der Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen also eher gestiegen als gesunken! Damit blieben auch die von einer verkürzten Studiendauer erhofften Kostenersparnisse für die Hochschulen und den Staatshaushalt aus.

Unserer Ansicht nach ist es deshalb höchste Zeit, aus diesen Erkenntnissen nun auch die entsprechenden Konsequenzen für den Hochschulbetrieb zu ziehen. Wir halten es in einigen Fachgebieten für sinnvoll, als Alternative zum drei- bis dreieinhalbjährigen Bachelor einen entsprechend erweiterten grundständigen Diplomstudiengang mit einer um ein Jahr längeren Regelstudienzeit und einem höheren ECTS-Leistungspunkte-Umfang anzubieten. Wir haben deshalb einen dementsprechenden Gesetzentwurf eingebracht. In einem ergänzenden Antrag fordern wir die Staatsregierung außerdem auf, mit interessierten Hochschulen Zielvereinbarungen über die Einführung neuer Diplomstudiengänge abzuschließen und – soweit erforderlich – finanzielle Mittel dafür bereitzustellen. ■

Prof. Dr. Michael Piazolo, MdL
Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst ,hochschulpolitischer Sprecher

Kein Kavaliersdelikt

Umweltkriminalität effektiv bekämpfen!

Seit Jahren sorgen illegale Luchstötungen im Bayerischen Wald für Schlagzeilen. Vorläufig letzter trauriger Höhepunkt war der Fund von vier abgeschnittenen Vorderpfoten von Luchsen im Mai dieses Jahres im Landkreis Cham. Man muss sogar davon ausgehen, dass die Dunkelziffer der illegalen Luchstötungen noch weit höher liegt. Leider konnte bislang in keinem einzigen Fall der bzw. die Täter ermittelt werden. Die Tötung von Luchsen und anderen geschützten Tieren ist aber nur die Spitze des Eisbergs beim Problem der Umweltkriminalität. Auch illegale Müllentsorgung ist nach wie vor ein weit verbreitetes Delikt.

Um die Probleme in den Griff zu bekommen, fordern die FREIEN WÄHLER mehr Unterstützung für Polizei und Ermittler vor Ort. Wir haben bereits einen entsprechenden Dringlichkeitsantrag im Bayerischen Landtag eingereicht.

Wir wollen dem Problem auch auf parlamentarischer Seite mehr Aufmerksamkeit schenken und haben deshalb auch einen jährlichen Bericht der Staatsregierung im Umweltausschuss gefordert. So sollen künftig Erfolge und Misserfolge bei der Ermittlung der Täter transparent werden. Auf diese Weise können wir erfahren, wo die Probleme liegen und welche Unterstützung sich die Ermittler wünschen, um ihre Arbeit besser leisten zu können. Wir sind sicher, dass durch den Dialog zwischen Parlament und Behörden die Umweltkriminalität endlich effektiver bekämpft werden kann. ■

Nikolaus Kraus, MdL
Verbraucherschutzpolitischer Sprecher

Bayerische Asylpolitik

Für konstruktive Lösungen vor Ort

Im vergangenen Jahr waren laut Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen weltweit 51 Millionen Menschen auf der Flucht. 173.072 von ihnen haben 2014 in Deutschland Asyl beantragt, eine enorme, aber beherrschbare Herausforderung für Bayern. Von Seiten der Bayerischen Staatsregierung ist zunächst versäumt worden, sich auf die absehbar steigenden Flüchtlingszahlen vorzubereiten. Nun ist es ihre dringende Aufgabe, den entstandenen Schaden zu reparieren: Wir FREIE WÄHLER setzen uns dafür ein, dass die Kommunen personell, finanziell und organisatorisch in ihren Bemühungen angemessen unterstützt werden. Dazu gehört fürs Erste, geeignete Unterkünfte zu finden und ausreichend Wohnraum bereitzustellen. Gerade in der Anfangszeit ist außerdem der Beratung- und Betreuungsbedarf der Asylbewerber groß. Daher müssen vor allem für die Asylsozialberatung deutlich mehr Mittel zur Verfügung stehen. Als Nächstes muss die Integration der Betroffenen angegangen werden. Wichtig in diesem Zusammenhang ist ein flächendeckendes Angebot an Sprachkursen. Denn nur durch grundlegende Sprachkenntnisse werden Wohnungssuche, medizinische Versorgung oder auch der alltägliche Gedankenaustausch mit Einheimischen ermöglicht. Daneben wäre auch ein einfacherer Zugang zum Arbeitsmarkt ein echter Integrationsmotor. Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und des damit einhergehenden Fachkräftemangels würden von den oftmals hochmotivierten Neuankömmlingen auch die heimische Wirtschaft und unsere Sozialsysteme profitieren.

Viele der bayerischen Bürgerinnen und Bürger engagieren sich ehrenamtlich, um Flüchtlinge in Bayern willkommen zu heißen. Wir FREIE WÄHLER wollen, dass sie auch von Seiten des Freistaates besser unterstützt werden. Wir setzen uns dafür ein, die von ihnen getragenen Sprachkurse zu fördern und in jedem Landkreis die Stelle eines „Asylkoordinators“ einzurichten. Dieser kann eine wertvolle Hilfe und Unterstützung bei der Förderung des ehrenamtlichen Engagements und der Ehrenamtlichen vor Ort sein. Denn nur gemeinsam vor Ort können wir der großen Aufgabe, Flüchtlinge zu integrieren, gerecht werden.

A. Steppberger, OB in Eichstätt, Fraktionsvorsitzender Hubert Aiwanger, L. Sedlmaier, 1. Bgm. in Osterhofen, A. Holzner, 1. Bgm. in Rottenburg a.d. Laaber beim Kommunalgipfel

„Die große Politik muss endlich handeln“ – diese Forderung zog sich wie ein roter Faden durch den Asylgipfel der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion. Für mich ist das ein klarer Hilferuf der Kommunen an die Landes- und Bundespolitik. Wir alle müssen uns klarmachen: Für die „große Politik“ mögen Flüchtlingszahlen das sein, was der Name sagt, nämlich Zahlen. Doch für die Kommunen sind es Menschen, die höchstpersönlich vor dem Bürgermeister und seinen Mitarbeitern stehen und um Hilfe bitten.

Fraktionsvorsitzender Hubert Aiwanger und MdL Benno Zierer beim Kommunalgipfel der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion zum Thema Asyl

Die Organisation der Flüchtlings- und Asylbewerberunterbringung ist inzwischen für viele Bürgermeister und Landräte fast zu einer Vollzeitbeschäftigung geworden – neben ihren sonstigen Aufgaben als Behördenleiter. Denn an allen Ecken und Enden gilt es, Verhandlungen zu führen, Entscheidungen zu treffen, Konflikte zu lösen und den Mitarbeitern und Ehrenamtlichen die Anerkennung zuteilwerden zu lassen, die sie durch ihre hervorragende Arbeit verdient haben.

Doch wer dankt den Kommunalpolitikern, die diese Zusatzarbeit ebenfalls hervorragend leisten? Sie werden in der aktuellen Situation gerne vergessen. Daher möchte ich ihnen an dieser Stelle im Namen der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion ein herzliches Dankeschön aussprechen!

Doch mit dem Dank ist es noch nicht genug. Die Kommunalpolitiker, unter ihnen viele Bürgermeister, haben uns beim Asylgipfel eine große To-do-Liste mitgegeben, die es nun abzuarbeiten gilt.

Eine ganz zentrale Forderung der FREIEN WÄHLER wurde gleich mehrfach aufgegriffen: Die vor Ort entstehenden Kosten müssen vollständig vom Bund übernommen werden. Darüber hinaus müssen die Landratsämter, Bezirksregierungen, Verwaltungsgerichte und nicht zuletzt das zuständige Bundesamt (BAMF) personell deutlich besser ausgestattet werden, um die anfallenden Zusatzarbeiten schneller erledigen zu können. Denn zögerliche Entscheidungen und lange Bearbeitungszeiten gehen letztendlich zulasten der Kommunen.

„Die große Politik muss endlich handeln“ – diese Forderung zog sich wie ein roter Faden durch den Asylgipfel der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion.

Diese benötigen auch Hilfe bei der Suche nach weiteren Unterkünften für Flüchtlinge und Asylbewerber. Es ist an der Zeit, dass sich Bund und Freistaat hier deutlich mehr einbringen und zum Beispiel auch stillgelegte Kasernen zur Verfügung stellen.

Und schließlich muss dringend eine Lösung für die Kosten gefunden werden, die durch sog. Fehlbeleger entstehen. Das sind Asylbewerber, deren Bleiberecht anerkannt wurde. Sie müssen die Unterkünfte verlassen und sich eine Wohnung suchen. Dies ist jedoch sehr schwer und bis sie etwas gefunden haben, bleiben sie auf Kosten der Kommunen in den Unterkünften.

Die aktuellen Flüchtlingswellen sind eine große Herausforderung an die Politik. Die Kommunen zeigen bereits, wie sich eine solche Herausforderung bewältigen lässt – jetzt ist die „große Politik“ an der Reihe, ihren Teil beizusteuern. Wir FREIE WÄHLER werden dranbleiben. ■

Gabi Schmidt, MdL
Asylpolitische Sprecherin

Joachim Hanisch, MdL
Kommunalpolitischer Sprecher

Erfolgreiches Antragspaket der FREIEN WÄHLER

Umsetzung des Mindestlohns

Die Einführung des Mindestlohns in Höhe von 8,50 Euro ist begrüßenswert, weil dadurch prekäre Arbeitsverhältnisse endlich eingedämmt werden. Allerdings hapert es bei der Umsetzung noch gewaltig.

„Das Gesetz in seiner jetzigen Form ist völlig praxisfremd. Darunter leiden Gastronomie, Handwerk, Landwirtschaft und das Ehrenamt."

Thorsten Glauber, MdL, wirtschaftspolitischer Sprecher der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

Als FREIE WÄHLER sind wir der Überzeugung, dass eine überzogene Mindestlohnbürokratie die Kultur des Unternehmertums in Mittelstand, Handwerk und Gastronomie nicht zerstören darf. Die inzwischen von Bundesarbeitsministerin Nahles verkündeten Änderungen gehen uns nicht weit genug, denn Probleme werden nur vertuscht, nicht aber wirklich gelöst. Leider leiden manche Branchen nach wie vor unter einer Überregulierung. Die Umsetzung des Mindestlohns ist dermaßen bürokratisch und die Kontrollmaßnahmen sind oft so rigide, dass gerade kleinere Betriebe wieder einmal massiv darunter leiden. Hier werden Überstunden oft vom Inhaber aufgefangen und die Aufzeichnungspflichten sprengen langsam jeden Rahmen. Wir haben deshalb ein Antragspaket eingebracht, mit dem wir nachsteuern wollen. So fordern wir, dass mitarbeitende Familienangehörige generell vom Mindestlohn ausgenommen sein sollen. Besonders in Gastronomie, Handwerk und Mittelstand existieren viele Familienbetriebe. Dort ist es selbstverständlich, dass im Tagesgeschäft oder zu saisonbedingten Spitzenzeiten die ganze Familie mithilft. Wenn dies nicht mehr in der vollen Flexibilität möglich ist, hat dies teils massive Auswirkungen auf die Betriebe bis hin zur existenziellen Bedrohung. Außerdem fordern wir eine Absenkung der Verdienstgrenze für die Dokumentationspflicht von 2.958 Euro auf 1.900. In beiden Punkten hat Bundesministerin Nahles zwar bereits Nachbesserungen angekündigt, doch gehen uns diese nicht weit genug.

Ein besonderes Anliegen ist uns aber die Sub- oder Nachunternehmerhaftung. Wir fordern, dass die Nachunternehmerhaftung nach § 13 des Mindestlohngesetzes ersatzlos gestrichen wird. Nach der aktuellen gesetzlichen Regelung haften Auftraggeber für Verstöße ihrer Auftragnehmer gegen den Mindestlohn. In der Konsequenz müssten Auftragnehmer dem Auftraggeber weitgehende Einblicke in ihre Lohnbuchhaltung geben, was nicht zuletzt datenschutzrechtliche Probleme aufwirft.

In der Praxis trifft dies vor allem auf Branchen mit hohem Subunternehmeranteil wie das Dienstleistungs- oder Baugewerbe zu. Auch im ÖPNV sind viele Unternehmen als Subunternehmer der großen Regionalbusgesellschaften tätig.

Die Regel benachteiligt gerade kleine und mittlere Betriebe: Sie verfügen über weniger Potential, als Auftraggeber ihre Kontrollpflichten gegenüber Auftragnehmern durchzusetzen oder sich im gegenteiligen Fall gegen die Einsichtnahme durch den Auftraggeber zur Wehr zu setzen.

„Wir müssen uns weiterhin für einen Abbau des bürokratischen Wildwuchses einsetzen. Die Anträge der FREIEN WÄHLER greifen zentrale Positionen der Staatsregierung zu der Ausnahme der Familienangehörigen aus dem Mindestlohn, zur Absenkung der Einkommensschwelle und zur Streichung der Arbeitgeberhaftung auf."

Staatsministerin Emilia Müller

Die CSU hat unseren drei Anträgen im Landtag zugestimmt. Nun ist es an der Staatsregierung, sich auch im Bund und bei den Koalitionspartnern mit Nachdruck für die Änderungen einzusetzen. ■

Thorsten Glauber, MdL
Wirtschaftspolitischer Sprecher

INTERVIEW

Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern – nur eine Utopie?

Seit einem Jahr gibt es die Enquete-Kommission. Dreizehn Abgeordnete und acht Experten haben die Aufgabe zu klären, wie das Verfassungsziel, gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern zu schaffen, umgesetzt werden kann. Ein Interview mit den beiden Mitgliedern MdL Alexander Muthmann und Prof. Dr. Holger Magel.

Was muss die Enquete-Kommission leisten, um für die Politik und insbesondere die Menschen in Bayern wirksam zu werden?
Magel: Zunächst in Augenhöhe ohne politische Rhetorik unvoreingenommen und offen zwischen den Abgeordneten und externen Experten alle Aspekte ansprechen, auch Defizite und Misserfolge – egal wie und von wem verursacht und verantwortet. Nur wenn man einander zuhört und verstehen lernt, kann man sich auf einen gemeinsamen Erfahrungs- und Lernprozess begeben und Lösungen finden. Dazu gehört ein konstruktiver Dialog mit der Staatsregierung, den kommunalen Spitzenverbänden sowie wirtschafts- und zivilgesellschaftlichen Kreisen.

Wie definiert man gleichwertige Lebensbedingungen?
Muthmann: Mit dieser Frage hat sich die Enquete-Kommission seit ihrer Gründung aufwändig befasst – leider noch immer nicht mit Erfolg. Viele Aspekte sind unbeantwortet: Was machen gleichwertige Lebensbedingungen aus? Wie kann man sie definieren und messen?

Prof. H. Magel (2. von links) und MdL Alexander Muthmann (3. von links) beim Besuch der Enquete-Kommission in Perlesreuth

Magel: Es gibt zu dieser Frage keine allgemein gültige Antwort. Schlimm wird es allerdings dann, wenn dies dazu führt, dass man sich vor konkreten Antworten drückt, weil das doch alles eine Frage individuell wahrgenommener Werte und deshalb nicht allgemein gültig mess- und überprüfbar sei. Die Wahrheit liegt für mich in der Mitte, und das ist meine Forderung an die Landespolitik: Es muss einerseits objektiv feststellbare und messbare „gleichwertige Lebensaspekte" vor allem im Bereich der Gewährleistung der Daseinsgrundfunktionen – Wohnen, Arbeiten, Bilden, Verkehr und Mobilität, Erholung – geben. Und es gibt andererseits subjektiv wahrnehmbare, von den Menschen selbst empfundene Werte des Lebens in einer Region. Beides zusammen macht Lebensqualität für mich aus.

Ist es überhaupt realistisch zu glauben, dass gleichwertige Lebensbedingungen auch umgesetzt werden können?
Magel: Die Frage, ob die Verfassung immer realistische und umsetzbare Ziele enthält, muss meines Erachtens anders gestellt werden. Es ist wie bei den biblischen Zehn Geboten. Hier frage ich auch nicht, wie realistisch die Gebote umsetzbar sind, sondern danach, ob sie eine Vision für das menschliche Leben sein können. Natürlich sage ich auch „Ja" zum neuen Verfassungsziel der gleichwertigen Lebensbedingungen als hochwillkommenen Kompass für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Menschliches Zusammenleben bedeutet ja nicht ständigen sportlichen Wettbewerb. Es baut einerseits auf Leistung und andererseits auf eine Art Garantie, die ich „räumliche Gerechtigkeit" für alle Regionen und Menschen nennen möchte. Dieses auch von der Enquete-Kommission einstimmig akzeptierte Modell stützt sich auf drei essentielle und realisierbare Garantien: auf Chancengerechtigkeit, auf standortgemäße Verteilungsgerechtigkeit und auf Verfahrensgerechtigkeit für alle.

Lieber Stadt als Land – das Problem der Abwanderung aus den ländlichen Räumen gibt es seit Jahrzehnten. Was will die Enquete-Kommission nun dagegen tun?
Muthmann: Die verschiedensten Förderprogramme in den vergangenen Jahren konnten junge talentierte Frauen und Männer aus den ländlichen Regionen nicht davon abhalten, wegen der attraktiveren Arbeitsmöglichkeiten in die Ballungsräume auszuwandern. Um diesem Trend entgegenzuwirken, sollte die Enquete-Kommission konkrete Vorschläge erarbeiten, den Instrumentenkasten zur Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen zu verbessern.

Prof. Magel und MdL Muthmann im Gespräch

Gibt es bereits einen Ansatzpunkt, wie die ländlichen Räume „aufgewertet" werden können?
Muthmann: Die Handlungs- und Entscheidungsmöglichkeiten in den einzelnen Regionen müssen erhöht werden, damit die dort gesetzten Ziele realisiert werden können. Dazu nötig sind selbstständig zu verwaltende und zu verantwortende Regionalbudgets. Wenn Regionalplanung erfolgreich sein soll, muss man den Gemeinden, Märkten, Städten und Landkreisen mehr zutrauen. Es muss nicht alles in München entschieden werden. ■

Vielen Dank für das Gespräch.

Alexander Muthmann, MdL (links)
Sprecher für Regionalplanung und Landesentwicklung, Mitglied der Enquete-Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern"

Prof. Dr. Holger Magel
Präsident der Bayerischen Akademie ländlicher Raum, Mitglied der Enquete-Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern"

Regionalkonferenz zeitgemäße Landwirtschaft

Mehr mit weniger produzieren

Zeitgemäße Landwirtschaft im Drehkreuz von Forschung, Ernährung und Politik – Chancen durch europäische Innovationspartnerschaften“ lautete der Titel der Regionalkonferenz, zu der die FW-Europaabgeordnete Ulrike Müller zahlreiche Fachleute und Verbandsvertreter aus dem Agrarbereich eingeladen hatte. Als Mitglied im Agrarausschuss des Bayerischen Landtags habe ich die Einladung zu dieser Regionalkonferenz natürlich gerne wahrgenommen.

„Ziel der europäischen Agrarpolitik ist eine Landwirtschaft, die unter vermehrter Schonung von Ressourcen in der Lage ist, mehr Lebensmittel für einen gestiegenen Verbrauch zu produzieren.“

Johann Häusler, MdL, handwerks- und mittelstandspolitischer Sprecher der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

Für mich war diese Veranstaltung eine sehr gute Gelegenheit, mich im Gespräch mit ausgewiesenen Fachleuten über die aktuellen Entwicklungen und Herausforderungen in der Landwirtschaft aus erster Hand zu informieren und den europäischen Ansatz kennenzulernen.

Eine Landwirtschaft, die auf bäuerlichen Familienbetrieben basiert, ist für uns FREIE WÄHLER auch ein entscheidender Strukturfaktor für die Entwicklung der ländlichen Räume. Insofern ist Agrarpolitik auch Strukturpolitik. Wir begrüßen das europäische Ziel einer nachhaltigen europäischen Land- und Forstwirtschaft. Wir halten es dabei für wichtig, dass notwendige und sinnvolle Innovationen nicht durch Überregulierungen behindert werden, so wie das in der Vergangenheit oft der Fall war. Außerdem ist es wichtig, dass Innovationen auch von den Fachleuten aus der Praxis kommen und auf deren Bedürfnisse abgestimmt sind. Gerade im Bereich der Agrarforschung ist die Vernetzung mit der Praxis von großer Bedeutung. Landwirte sind wichtige Wissens- und Erfahrungsträger.

Innovationen, die nur von oben „verordnet“ werden, funktionieren in der Praxis nicht. Wir können unserer Landwirtschaft nur zusätzliche Wertschöpfungsmöglichkeiten eröffnen, wenn wir uns an den realen Betriebsstrukturen orientieren und eine angewandte Agrarforschung betreiben.

„Eine Landwirtschaft, die auf bäuerlichen Familienbetrieben basiert, ist für uns auch ein entscheidender Strukturfaktor für die Entwicklung der ländlichen Räume. “

Innovationen in der Landwirtschaft entstehen nicht nur durch Forschung an einer Universität, sondern oft in der Werkstatt auf dem landwirtschaftlichen Betrieb. Forschergeist finden wir gerade in der Landwirtschaft oft in der Praxis. Wissenschaftliche Forschung in der Landwirtschaft heißt Forschung quer durch alle natur- und wirtschaftswissenschaftlichen Disziplinen. Reine Spezialisten mit Tunnelblick sind hier nicht gefragt. Agrarwissenschaftler sind Allrounder. Agrarforschung braucht vor allem eine solide Bodenhaftung, Landwirte, die sich Zeit nehmen, ihre Erfahrungen weiterzugeben, und Wissenschaftler, die sich nicht davor scheuen, auf die Praxis zuzugehen. Außerdem brauchen wir Institutionen, die sich um die Vernetzung und Beratung kümmern, und natürlich Politiker, die sich hinter Forschungsprojekte stellen, als Sprachrohr fungieren und die finanzielle Förderung sicherstellen.

Wir FREIE WÄHLER stehen hinter Forschungsprojekten, die praxisnah und sinnvoll sind. Wir haben uns massiv für die Bereitstellung von Forschungsmitteln für die heimische Eiweißversorgung eingesetzt, um unsere tierischen Veredelungsbetriebe aus der reinen Abhängigkeit von Importfuttermitteln zu befreien und unserem Ziel der gentechnikfreien Fütterung näher zu kommen. ■

Johann Häusler, MdL
Mitglied im Landwirtschaftsausschuss, handwerks- und mittelstandspolitischer Sprecher

MdL Johann Häusler (2. von links) mit weiteren Teilnehmern sowie der Organisatorin der Veranstaltung, MdEP Ulrike Müller (4. von rechts), bei der Regionalkonferenz zeitgemäße Landwirtschaft

Lehrerversorgung

Berufliche Schulen dürfen nicht länger das Schlusslicht sein!

Berufliche Schulen sind seit Jahren stark nachgefragt. Mit knapp 60.000 Schülerinnen und Schülern an den beruflichen Oberschulen (FOS/BOS) ist dort sogar ein „Allzeit-Hoch“ erreicht worden. So erfreulich diese Entwicklung auch ist, sie wird durch einen starken Wermutstropfen getrübt: die Unterrichtsversorgung an den beruflichen Schulen ist nämlich alles andere als rosig. Trotz steigender Schülerzahlen wurden an den beruflichen Schulen kaum neue Planstellen geschaffen.

Oftmals muss sogar der Pflichtunterricht aufgrund von Lehrermangel entfallen. Mindestens 300 Planstellen wären nötig, um diesem Missstand abzuhelfen.

„Die beruflichen Schulen liegen seit Jahren im ‚toten Winkel‘ der CSU-Schulpolitik.“

Die ohnehin schon schwierige Situation wird sich durch die steigende Zahl berufsschulpflichtiger Flüchtlinge noch verschärfen.

Die beruflichen Schulen in Bayern leisten seit Jahren eine engagierte Arbeit, wenn es darum geht, berufsschulpflichtigen Flüchtlings- und Asylbewerberkindern eine berufliche Perspektive in Bayern oder ihrem Heimatland zu bieten. Mit ihrem beiderseitigen Engagement erreichen Lehrkräfte und Wirtschaft, dass die Jugendlichen erfolgreich in das Arbeitsleben integriert werden und verantwortungsbewusst an der Gesellschaft teilhaben können. Wenn die Schulen diese Arbeit auch in Zukunft weiterführen sollen, ist es nötig, ihnen dafür auch das entsprechende Personal zur Verfügung zu stellen.

Unsere Fraktion hat deshalb einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, in dem wir die Staatsregierung auffordern, unverzüglich ein Konzept vorzulegen, bei dem für alle Schularten und hier insbesondere für die beruflichen Schulen die Abdeckung des Pflichtunterrichts für das kommende Schuljahr 2015/16 durch eine angemessene Personalausstattung gesichert ist. Hierbei sind die aktuellen und prognostizierten Zahlen der Flüchtlings- und Asylbewerberkinder für Bayern einzuplanen. ■

Günther Felbinger, MdL
Bildungspolitischer Sprecher

AUS DER KOMMUNALPOLITIK IN DEN LANDTAG

Kaspar-Zeuß-Gymnasium Kronach möchte G9-Pilotgymnasium werden!

Kurz vor Beginn der Sommerpause ging es in einer Sondersitzung des Bildungsausschusses noch einmal heiß her. Grund dafür war eine Petition des Elternbeirats des Kaspar-Zeuß-Gymnasiums in Kronach, die bayernweit für Aufmerksamkeit in der Presse sorgte. Mit sehr guten Gründen baten die Kronacher Eltern darum, dass neben dem Frankenwald-Gymnasium auch das Kaspar-Zeuß-Gymnasium an der Pilotphase zur Erprobung der „Mittelstufe Plus“ teilnehmen könne.

Beide Gymnasien des Landkreises Kronach hatten sich für die „Mittelstufe Plus“ beworben. Aber während in Oberbayern und Niederbayern alle Gymnasien, die sich beworben haben, auch genommen wurden, ist in Kronach nur das Frankenwald-Gymnasium zum Zug gekommen. Die Folgen sind am Kaspar-Zeuß-Gymnasium bereits jetzt zu spüren: Erstmals seit 20 Jahren gab es bei den Neuanmeldungen einen deutlichen Einbruch.

„Schon allein der extrem lange Schulweg, wie es ihn sonst in Oberfranken nirgends mehr gibt, spricht dafür, die Petition zu unterstützen.“

Thorsten Glauber, MdL, wirtschaftspolitischer Sprecher der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

Die Betroffenen ließen nichts unversucht, um doch noch eine Ausnahmelösung für ihr Gymnasium zu erreichen. Mit sehr viel Engagement sammelten die Eltern 1000 Unterschriften und schrieben einen Brief an Ministerpräsident Horst Seehofer, signiert von fünf Bürgermeistern, dem Landrat, Vertretern der Kirchen, der Wirtschaft, von Feuerwehr, Rotem Kreuz und Vereinen. Antwort erhielten sie bislang nicht. So entschlossen sich die verzweifelten Eltern auf unser Anraten, ihrem Anliegen mit einer Petition an den Bayerischen Landtag Gehör zu verschaffen.

Zwei Mal machten sich Elternvertreter und Schüler auf den langen Weg nach München, um im Landtag ihre Petition zu vertreten. Unterstützt wurden sie dabei von den FREIEN WÄHLERN. Unsere Fraktion hatte bereits im Vorfeld in einem Dringlichkeitsantrag gefordert, auch allen bislang abgelehnten Bewerberschulen den Zugang zum G9-Schulversuch zu ermöglichen. Dies wurde aber ebenso abgelehnt wie die Petition der Kronacher Eltern. Die CSU-Fraktion blieb hart: Das Kaspar-Zeuß-Gymnasium darf nicht am Modellversuch Mittelstufe Plus teilnehmen. ■

„Die Entscheidung des Ministeriums mag fachlich nachvollziehbar sein, in Kronach führt sie aber zu einem schweren Ungleichgewicht.“

Günther Felbinger, MdL, bildungspolitischer Sprecher der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

Günther Felbinger, MdL (links)
Bildungspolitischer Sprecher

Thorsten Glauber, MdL
Abgeordneter aus Oberfranken

Anhörung im Landtag

Straßenausbaubeitragssatzung – ein heiß diskutiertes Thema

Selten habe ich im Bayerischen Landtag Anhörungen erlebt, die von so viel Bürgerinteresse begleitet wurden, wie die Expertenanhörung des Innenausschusses zum Thema Straßenausbaubeiträge kurz vor der Sommerpause. Sogar der große Senatssaal, in den die Sitzung wegen des starken Interesses verlegt wurde, war bis auf den letzten Platz besetzt. Das ist durchaus verständlich, denn viele Bürger befürchten, horrende Summen für eine Straße zahlen zu müssen.

„Im schlimmsten Fall kann eine Rechnung über einen Betrag in fünfstelliger Höhe ins Haus flattern."

Die aktuelle gesetzliche Regelung weist hier deutliche Schwächen auf. Die Bürger fühlen sich von den Entscheidungen der Gemeinde überrumpelt und nicht selten entsteht Streit darüber, welche Arbeiten tatsächlich nötig sind. Aus Sicht der Bürger kommt dann regelmäßig der Einwand, dass sie für eine Straße zahlen müssen, die auch von anderen genutzt wird. Aber auch die Gemeinderäte sind in der Zwickmühle. Ihnen sitzt die Kommunalaufsicht im Nacken, die die Einhaltung des geltenden Rechts einfordert.

Auch die regionalen Unterschiede sind gravierend. Während sich in Unterfranken 97,1 Prozent der Gemeinden an die in der Praxis als Muss-Regelung interpretierte Soll-Vorschrift halten und eine Straßenausbaubeitragssatzung erlassen haben, sind es beispielsweise in Niederbayern nur 39,1 Prozent der Gemeinden.

„Es kann nicht sein, dass das Gesetz den Raum für solch unterschiedliche Anwendungen gibt, und schon gleich gar nicht, dass ‚arme' Gemeinden den Bürger zur Kasse bitten müssen und ‚reiche' Kommunen nicht."

Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion wird daher nun die zahlreichen Vorschläge und Argumente, die in der Anhörung vorgebracht wurden, sorgfältig gegeneinander abwägen. Dazu gehören auch die sogenannten wiederkehrenden Beiträge, die etwa in Rheinland-Pfalz eine Option für die Kommunen darstellen. Die Stellungnahmen hierzu waren besonders interessant, sowohl was Chancen als auch was die Risiken wiederkehrender Beiträge angeht. In der Praxis haben diese wiederkehrenden Beiträge zwar häufig für eine deutliche Entspannung der Situation in der Gemeinde gesorgt, rechtlich sind sie aber nur schwer umsetzbar. Immer wieder werden die Satzungen vor Gericht gekippt. Wir müssen daher dafür sorgen, dass eventuelle neue Regelungen zu einer echten Erleichterung nicht nur für die Bürger, sondern auch für die Kommunen führen. Rechtliche Fallstricke müssen soweit möglich aus dem Weg geschafft werden. Daran werden wir auch die Vorschläge der FREIEN WÄHLER zu einer Neuregelung des Straßenausbaubeitragsrechts ausrichten.

Ein Fazit aus der Expertenanhörung kann man aber jetzt schon ziehen: Künftig müssen die Bürger mehr Mitspracherecht beim Straßenausbau und größeren Einfluss auf den Standard der Straße haben. ■

Joachim Hanisch, MdL
Kommunalpolitischer Sprecher

FRAKTION VOR ORT ...

... in Kipfenberg

Welche Gefahren lauern hinter den geplanten Freihandelsabkommen mit den USA und Kanada? Wie werden sich TTIP und CETA auf die regionale Landwirtschaft, den Mittelstand, den Verbraucherschutz und die kommunale Daseinsvorsorge auswirken? Diesen Fragen gingen Hubert Aiwanger und Eva Gottstein bei der Veranstaltung Fraktion vor Ort in Kipfenberg auf den Grund. ■

Sabine Biberger, OV, Hubert Aiwanger, MdL, Eva Gottstein, MdL, Anton Haunsberger, Kreisvorsitzender, Sabine Jarisch, stv. OV

FRAKTION VOR ORT ...

... in Freising

Noch nie war der Bau einer dritten Startbahn am Flughafen München so umstritten: 52 Prozent aller Bayern lehnen die Bahn einer aktuellen Umfrage zufolge ab, im Raum München sind es sogar 63 Prozent. Die FREIEN WÄHLER wollen ihren Kampf gegen die dritte Startbahn deshalb weiter intensivieren. ■

Manfred Pointner, MdL a. D., Fraktionsvorsitzender Hubert Aiwanger und MdL Benno Zierer an der Stelle, an der die Startbahn enden würde. Das Holzkreuz im Hintergrund ist ein Mahnkreuz des Bund Naturschutz.

ABGEORDNETE IM PORTRÄT

„Ich verstehe mich …

… als ‚Politiker zum Anfassen'. Deshalb ist meine Leitlinie eine bürgernahe, ehrliche und offene Politik. Ein ständiger Dialog mit den Bürgern vor Ort ist mir sehr wichtig."

Dr. Leopold Herz

Agrar- und forstpolitischer Sprecher, Mitglied des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

geb. 1953 in Wertach

wohnhaft in Wertach

verheiratet, 4 Kinder

Beruf: Landwirt

Wenn ich im Alleingang ein Gesetz beschließen könnte, würde ich die vorhandenen Gesetze möglichst einfach und verständlich gestalten und möglichst viele Gesetze abschaffen.

Wenn ich mir einen Arbeitsplatz oder ein Amt frei wählen könnte, würde ich mich wieder um ein Landtagsmandat für die FREIEN WÄHLER bewerben!

Um mehr Jugendliche für Politik zu interessieren, würde ich mich bei den Jugendlichen nach den Gründen erkundigen, warum sie sich nicht für Politik interessieren, bzw. danach, welche Themen ihnen wichtig sind.

Wenn ich einen Abend lang das Fernsehprogramm bestimmen könnte, würde ich die Werbung reduzieren und …

Wenn mich ein Freund nach einem Tipp für seinen Bayern-Urlaub fragt, würde ich ihm das Allgäu empfehlen. Es bietet vielfältigste Möglichkeiten, wie beispielsweise Wandern, Radfahren und Kultur im Sommer sowie Skifahren im Winter.

Wenn ich mal einen völlig freien Tag hätte, würde ich mit meiner Frau ins Schwimmbad gehen.

Wenn ich einen Traum in die Wirklichkeit umsetzen könnte, würde ich mir eine neue Regierung für Bayern wünschen!

Wenn ich eine Zeitmaschine hätte, würde ich mir mehr Zeit für meine Familie, auch für meine Enkel, einplanen. ■

KURZ GESAGT

Einsatz der FREIEN WÄHLER hat sich gelohnt

Der erste bundesdeutsche Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung fand in einem würdigen Rahmen in Berlin statt. Auch unsere Abgeordneten Bernhard Pohl und Hans Jürgen Fahn nahmen daran teil. In ihren Reden machten Bundespräsident Gauck und Innenminister Thomas de Maizière und der Präsident des Bundes der Vertriebenen Dr. Bernd Fabritius deutlich, dass es ein Menschenrecht auf die eigene Erinnerung gebe. Der Gedenktag ist ein wichtiges Signal an alle Heimatvertriebenen, die Vergangenheit nicht zu vergessen und trotzdem optimistisch in die Zukunft zu schauen.

Die FREIEN WÄHLER haben durch drei Anträge im Bayerischen Landtag maßgeblich dafür gesorgt, dass die Bundesregierung dieses Anliegen zeitnah umsetzen konnte. Die Freien Wähler begrüßen auch die Fortführung des Bayerischen Gedenktages. Auch in München werden am 13. September Vertreter der Vertriebenenverbände, alle Fraktionen im Landtag und auch Flüchtlinge zu Wort kommen. ■

Waldemar Eisenbraun, Bundesvorsitzender der Deutschen aus Russland, MdL Dr. Hans Jürgen Fahn, Bundespräsident Joachim Gauck und MdL Bernhard Pohl beim ersten bundesweiten Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung in Berlin

... WAS SONST NOCH LOS WAR ...

Freitag, 24. April 2015

FREIE WÄHLER fordern Verbesserungen beim Nachtdienst in JVA-Krankenabteilungen Bayern braucht dringend zusätzliche Stellen im Krankenpflegedienst der Justizvollzugsanstalten. Zu diesem Fazit sind Abgeordnete der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion bei einem Treffen mit Vertretern des Landesverbands der Bayerischen Justizvollzugsbediensteten e. V. gekommen. Die FREIEN WÄHLER haben deshalb einen Antrag eingebracht, in dem sie eine Entlastung der Beamten des allgemeinen Vollzugsdienstes und eine Verbesserung der nächtlichen medizinischen Betreuung der Gefangenen auf den JVA-Krankenstationen fordern. ■

Das Foto zeigt (von links): MdL Peter Meyer; Ralf Simon, Landesvorsitzender JVB; Bernhard Heim, Fachgruppensprecher Krankenpflegedienst JVB und MdL Florian Streibl.

Mittwoch, 15. Juli 2015

In einem Dringlichkeitsantrag fordern die FREIEN WÄHLER, die Mittel für das Förderprogramm „Bayern-Paket 2013–2018“ für Bahnhöfe auf 120 Mio. Euro zu erhöhen. Der Bedarf an Umbaumaßnahmen ist hoch. Bislang konnten bei Weitem nicht alle Bauvorhaben berücksichtigt werden. Ohne eine Aufstockung der Fördermittel ist dies nicht zu bewerkstelligen. ■

Zahl des Quartals

29.412

schulpflichtige Kinder und Jugendliche mit Fluchthintergrund befanden sich zum 31.5.2015 in Bayern.

62 % (18.137)

davon im berufsschulpflichtigen Alter.

Wollen Sie weiterhin kostenlos die Fraktionszeitung der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion erhalten?

Senden Sie uns das ausgefüllte Formular an FREIE WÄHLER Landtagsfraktion, Max-Planck-Str. 1, 81675 München oder schicken Sie uns eine E-Mail an **info@fw-landtag.de** oder ein Fax an **089 4126-1643**.

FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION

Ich möchte die Fraktionszeitung der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion bis auf Widerruf kostenlos per Post erhalten.

Vorname _____ Name _____

Straße, Hausnummer _____ PLZ, Ort _____

E-Mail _____

Ich willige in die Speicherung und Nutzung meiner oben angegebenen Daten zum Zwecke der Versendung der Fraktionszeitung der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion ein. Diese Einwilligung kann ich jederzeit, z. B. per E-Mail an **info@fw-landtag.de**, widerrufen.

Datum, Unterschrift _____